

Bezugsbedingungen und Einzelnepreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 66, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vormärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 8 1/2 bis 5 Uhr
Verleger: Vormärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 66, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297

Michaelis, der Friedensverhinderer.

Der kaiserliche Kanzler vor dem Untersuchungsausschuß des Reichstags.

Ist es ein Gespenst oder ein lebendes Wesen, das heute von dem Untersuchungsausschuß des Reichstags erscheint? Es erscheint ein kleiner Mann mit verranzelten Gesichtszügen, er heißt Dr. Georg Michaelis und war der Nachfolger Bethmann Hollwegs, der zweite Kanzler des Weltkriegs, der dritte des Kaiserreichs.

Unausdenkbare Vorstellung! Dieser kleine Mann hätte vielleicht der Welt ein Jahr Krieg ersparen, Millionen Menschenleben retten, dem deutschen Volk einen Frieden des Ausgleichs und der Verständigung beschaffen können.

Mit dieser Anklage steht der Berichterstatter des Untersuchungsausschusses, Professor Dr. Bredt, gegen ihn. Kein Revolutionär. Kein Mann der Linken. Kein Republikaner. Sondern während des Krieges freikonservativer Abgeordneter des Preussischen Landtags, jetzt Führer der Wirtschaftspartei im Reichstag.

Am 1. August 1917 erließ der Papst eine Note „An die Häupter der kriegführenden Völker“, in der als Friedensziel Rüstungsbeschränkung, Schiedsgericht, Freiheit der Meere, gegenseitiger Verzicht auf Schadenerwerb und Kriegskosten gefordert wurden.

Die englische Regierung gab daraufhin zu verstehen, daß erst verhandelt werden könne, wenn eine klare deutsche Erklärung über Belgien vorliege, was wiederum für die Kurie ein Grund war, noch eindringlicher, als dies in der Note vom 1. August geschehen war, um eine solche Erklärung zu bitten.

Der Papst war zu diesem Schritt durch Zeichen des Friedenswillens aus den verschiedensten Ländern ermutigt worden, nicht zuletzt durch die Friedensresolution des Deutschen Reichstags vom 19. Juli 1917, die von der Sozialdemokratie in Gemeinschaft mit dem Zentrum und der bürgerlichen Linken durchgebracht worden war.

Das ist jene Resolution, die der Reichskanzler Michaelis durch seine geschichtlich denkwürdige Bemerkung: „Wie ich sie auffasse“ vor den Augen der Welt entwertet hatte.

Schon war das Mißtrauen in die diplomatische Kunst der kaiserlichen Regierung so stark, daß der Reichstag die Verantwortung der so wichtigen Papstnote ihr allein nicht überlassen wollte. Die Regierung erklärte sich denn auch damit einverstanden, daß sich ein siebenköpfiger Reichstagsausschuß um die Redigierung der Antwortnote bemühte.

Von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gehörten Ebert und Scheidemann diesem Ausschuss an. Sie forderten auf die klare Frage über Belgien eine klare Antwort, sie blieben allein. Man beschränkte sich darauf, einen Passus zu formulieren, der eine Bezugnahme auf die Kundgebung des Reichstags vom 19. Juli enthielt.

Die Note ging ab. Aber ohne daß der Siebenerausschuß davon ein Sterbenswort erfuhr, schrieb Michaelis an den päpstlichen Nuntius einen Brief, der in seinen entscheidenden Stellen besagte:

Sind wir mithin im heutigen Stadium der Dinge noch nicht in der Lage, dem Wunsche Euer Excellenz zu entsprechen und eine bestimmte Erklärung über die Absichten der kaiserlichen Regierung im Hinblick auf Belgien und auf die von uns gewünschten Garantien zu geben, so liegt der Grund hierfür keineswegs darin, daß die kaiserliche Regierung grundsätzlich der Abgabe einer solchen Erklärung abgeneigt wäre oder ihre entscheidende Wichtigkeit für die Frage des Friedens unterschätze oder glaube, ihre Absichten und die ihr unumgänglich nötig scheinenden Garantien könnten ein unübersteigliches Hindernis für die Sache des Friedens bilden, sondern lediglich darin, daß ihr gewisse Vorbedingungen, die eine unbedingte Voraussetzung für die Abgabe einer detartigen Erklärung bilden, noch nicht genügend geklärt zu sein scheinen.

Hierüber Klarheit zu gewinnen, wird das Bestreben der kaiserlichen Regierung sein, und sie hofft — falls die Zustände ihr Vor-

haben begünstigen, — in nicht allzu ferner Zeit in der Lage zu sein, Euer Excellenz über die Absichten und nötigen Forderungen der kaiserlichen Regierung, insbesondere in bezug auf Belgien, genauer unterrichten zu können.

Damit war ausgesprochen, daß die kaiserliche Regierung die Wiederherstellung der Unabhängigkeit Belgiens ablehnte, da sie ja Belgien gegenüber „Absichten und nötige Forderungen“ anzumelden hatte. Damit war die päpstliche Friedensaktion zerschlagen. Zerschlagen hinter dem Rücken des Reichstags, der das Gegenteil gewollt hatte.

Das ist die zermalmend schwere Anklage, gegen die sich heute der kleine Michaelis das Gespenst aus der Kaiserzeit, zu verantworten hat.

Saal 31 des Reichstages. Ein langgestrecktes Rechteck, ein ziemlich nüchtern wirkender Raum. An der einen schmalen Seite der Tisch mit den Mitgliedern des 4. Unterausschusses, des Ausschusses zur Erforschung der Ursachen des Zusammenbruchs. Links ein kleiner Tisch mit den Zeugen: Abg. Scheidemann, Graf Westarp, der frühere fortschrittliche Abg. Wiemer. In der zweiten Reihe an der einen Seite die Sachverständigen, an der anderen der Zeuge Dr. Michaelis, der aber viel mehr den Eindruck des Angeklagten macht.

Der Vorsitzende, der deutschnationale Abgeordnete Philipp, eröffnet mit dem akademischen Ritus die Sitzung. Er teilt mit, daß der Unterausschuß beschloßen habe, im Anschluß an das Gutachten des Sachverständigen Dr. Bredt den früheren Reichskanzler Dr. Michaelis über die Frage des Verhaltens der Reichsregierung gegenüber dem Reichstage und dem Siebenerausschuß oder anderen Vertrauensmännern des Parlaments in Sachen der päpstlichen

Friedensaktion als Zeugen zu vernehmen. An Dr. Michaelis sollen zwei Hauptfragen gestellt werden:

- 1. Warum wurde der Reichstag bzw. der Siebenerausschuß oder einzelne Vertrauensmänner der Parteien von den Einwendungen der Kurie gegen die Fassung der Antwort auf die Friedensnote des Papstes nicht in Kenntnis gesetzt?
2. Warum wurde dem Siebenerausschuß des Reichstages die Antwort an den Nuntius Pacelli vom 24. September 1917 nicht vorgelegt?

Der Zeuge Dr. Michaelis soll diese beiden Fragen in den Mittelpunkt seiner Aussagen stellen. Der Vorsitzende des Unterausschusses teilt weiter mit, daß die in einem Aufsatz von Dr. Bredt im Novemberheft der „Preussischen Jahrbücher“: „Reichskanzler Michaelis und die päpstliche Friedensaktion“ aufgestellten Behauptungen von dem Vorsitzenden des Ausschusses und dessen Generalsekretär Dr. Eugen Fischer im Beisein des Sachverständigen Dr. Bredt geprüft worden seien. Diese drei Herren hätten das Ergebnis ihrer Prüfung wie folgt zusammengefaßt:

- 1. Die Darstellung des Sachverständigen Prof. Dr. Bredt (Preussische Jahrbücher, Nov. 1926, Seite 190 ff) über den Eindruck, den der Entwurf der deutschen Note auf den Kardinal-Staatssekretär Gaspari gemacht hat, findet in den Akten im wesentlichen ihre Bestätigung.
2. Die Kurie hielt nach den Mitteilungen des Nuntius Pacelli die Friedensaktion für gelöst, wenn die im Entwurf vorgedruckte deutsche Antwortnote unverändert bliebe. Aus den Akten ist bezeugt, daß Pacelli sein tiefes Bedauern darüber ausgesprochen hat, daß keine vielfachen Versuche, die deutsche Regierung zu einer Änderung ihrer Haltung zu bewegen, ergebnislos geblieben sind.

Die hier erwähnten Akten sind dem Zeugen Dr. Michaelis im Auswärtigen Amt zur vertraulichen Einsichtnahme zur Verfügung gestellt worden. Mit Rücksicht auf die diplomatischen Gepflogenheiten soll aber in der öffentlichen Vernehmung auf diese Schriftstücke nur insoweit Bezug genommen werden, als ihr Inhalt durch die Veröffentlichungen von Dr. Bredt, Ritter von Lama, Abg. Scheidemann u. a. bereits an die Öffentlichkeit gelangt sind. Von der Ladung des früheren Staatssekretärs von Kühlmann als Zeugen ist zunächst Abstand genommen worden, dagegen sind die

Der preussische Etat für 1927.

Rede des Finanzministers Höpfer-Abschhoff im Landtag.

Auf der Tagesordnung der heutigen Landtagssitzung stand als einziger Punkt die Begründung des Etats für 1927. Das Haus war stark besetzt. Der Finanzminister ergriff sofort das Wort.

Finanzminister Höpfer-Abschhoff

Der Etat ist den parlamentarischen Körperschaften in diesem Jahre früher vorgelegt worden als je vor dem Kriege. Die Staatsregierung rechnet daher mit seiner Erledigung noch vor dem 1. April 1927. Der Etat für 1925 enthielt ein Defizit von 229 Millionen. Im Sommer dieses Jahres ist mitgeteilt, daß das Defizit nach Abschluß des Rechnungsjahres auf 194,8 Millionen berechnet worden ist. Da aber in den Ausgaben Anleiheausgaben enthalten waren, die im Vorgriff auf spätere Anleihegesetze gemacht und am Schluß des Jahres außerplanmäßig verrechnet worden waren, die aber nach Bewilligung der Anleihegesetze auf Anleihe überwiesen werden können, so vermindert sich das Defizit des Jahres 1925 weiter auf 131,1 Millionen. Am Anfang des Jahres 1926 war demnach noch ein Betriebsfonds von 68,9 Millionen vorhanden.

Die Entwicklung von 1926 ist folgende: Die Reichsteuerüberweisungen werden ein Mehr von 65 Millionen, die Landessteuern ein Mehr von 10 Millionen bringen, die Betriebsverwaltungen dagegen ein Weniger von 66 Millionen.

Bei den Steuern verdient die Hauszinssteuer besondere Hervorhebung. Der Grundgedanke dieser Steuer wird vielfach mißverstanden und daraus erwächst ein gewisser Groll. Sie ist einerseits Inflationssteuer, andererseits Wertverhaltungssteuer.

Der Hausbesitzer darf sich nicht auf Kosten des zu drei Vierteln enteigneten Hypothekengläubigers bereichern.

(Sehr gut links.) Er muß sich vielmehr selbst gleich dem Hypothekengläubiger mit geringerer Verzinsung seines ursprünglichen Kapitals begnügen. Die endgültige Gestaltung der Hauszinssteuer liegt noch nicht fest; auch die Verhandlungen mit dem Reichsministerium sind noch im Gange. Aber die Hauszinssteuer kann jedenfalls nicht von heute auf morgen abgebaut werden, sondern erst, wenn die Erträge anderer Steuern wachsen und die Bauwirtschaft nicht mehr so große Zuschüsse erfordert.

Der Zuschußbedarf der Hoheitsverwaltungen ohne die Erwerbslosenfürsorge vermindert sich voraussichtlich um 19,5 Millionen. Außerplanmäßige Ausgaben, darunter große Beträge für Hochwasserschäden und Volkshausbauten, werden 73,2 Millionen erfordern. Die Erwerbslosenfürsorge wird 140 bis 150 Millionen verschlingen; werden die Ausgaben für die produktive Erwerbslosenfürsorge auf Anleihe verwiesen, so kommen wir mit den für die Erwerbslosenfürsorge in den Etat eingestellten Beträgen aus.

Wahrscheinlich wird also das Rechnungsjahr 1927, einschließlich des im Etat vorgesehenen Fehlbetrags von 64 Millionen, mit einem Fehlbetrag von 103,7 Millionen abschließen.

Die Entwicklung der Anleiheausgaben ist folgende: Bis zum 1. Oktober 1926 waren auf bewilligte Anleihegesetze 189 Mil-

lionen stüffig gemacht. Davon sind 80 Millionen 1925, 70 Millionen im ersten Halbjahr 1926 für Ausbau von Häfen, Bergwerken, Elektrizitätswerken, Oedlandkultivierungen, Eindeichungen usw. ausgegeben worden. Der Rest wird in der zweiten Hälfte des Rechnungsjahres 1926 verbraucht werden. Das neue Jahr bringt einen neuen Anleihebedarf für die Ausgaben der produktiven Erwerbslosenfürsorge und für eine verstärkte Förderung der Neubautätigkeit. Es ist unmöglich, mit den großen Ausgaben, die im Interesse der Zukunft gemacht werden müssen, die notleidende Gegenwart zu belasten.

Die Reichsteuerüberweisungen bringen im Jahre 1927 ein Mehr von 24,4 Millionen gegenüber dem letzten Etat. Die preussischen Steuern sind in den vorjährigen Beträgen eingeleistet. Die Betriebsverwaltungen werden 31 Millionen weniger erbringen, da die Forsteinnahmen 1920 überschätzt wurden. Für die Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses für den Fall einer Mieterhöhung wurden 10 Millionen, für die vorhandenen Staatsbauten 22 Millionen eingeleistet. Die Ausgaben für die Erwerbslosenfürsorge übernimmt das Reich. Der Unterschied des Etats für 1927, von dem für 1926, läßt sich dahin zusammenfassen: Die Ausgaben der Erwerbslosenfürsorge von 165 Millionen fallen weg; diese Verminderung wird aufgehoben durch Mehrausgaben wie Wohnungsgeldzuschuß und Bauunterhaltung und durch den Wegfall der außergewöhnlichen Einnahmen des Vorjahres im Betrage von 96,2 Millionen.

Die Berechnung der Reichsteuerüberweisungen beruht auf der Gestalt des vorläufigen Finanzausgleichs. Preußen hat im Reichsrat verlangt, daß den Ländern und Gemeinden die bisherigen Ueberweisungen aus dem Jahre 1927 zugesichert werden, daß also insbesondere die Umsatzsteuer nach einem garantierten Aufkommen von 1500 Millionen verteilt wird. Alle Länder haben sich diesen Forderungen angeschlossen. Die Reichsregierung wird die Kosten der unterstützenden Erwerbslosenfürsorge den Ländern und Gemeinden abnehmen. Der Reichstag wird entscheiden müssen, ob die Gemeinden zu der Krisenfürsorge der Ausgesteuerten ein Viertel oder ein Reuntel beizutragen haben.

Ob es möglich sein wird, in den kommenden Jahren die Steuerlast zu ermäßigen, hängt von der wirtschaftlichen Entwicklung ab. Mit einer alsbaldigen Senkung der Steuern kann aber nicht gerechnet werden, da die Länder und Gemeinden zum Ausgleich der Folgen des Krieges außerordentlich hohe Ausgaben zu leisten haben. Die starke Anspannung des Etats für 1927 zeigt diese Belastung. Der Minister schloß mit der Versicherung, daß der Etat aber auch auf der anderen Seite beweise, daß die preussischen Finanzen gesund und widerstandsfähig sind. (Bravo links und in der Mitte.) Die Besprechung des Etats wird auf Mittwoch, den 15. Dezember, mittags 12 Uhr, vertagt. Zwei deutschnationale Anträge zur Geschäftsordnung, die Unterbringung der durch die Typhusepidemie Geschädigten der Stadt Hannover und die Abänderung der kommunalen Grenzen in Oberschlesien mit auf die Tagesordnung zu setzen, werden abgelehnt.

noch lebenden Mitglieder des früheren Siebenerausschusses Graf von Westarp, Reichsminister Dr. Stresemann, Herr von Bayer und Abg. Scheidemann aufgefordert worden, an der Sitzung teilzunehmen und gegebenenfalls als Zeugen gehört zu werden. Herr von Bayer hat mitgeteilt, daß er an der ersten Sitzung des Siebenerausschusses nicht teilgenommen hat, sondern Herr Dr. Wiemer, der an seiner Stelle heute als etwa zu vernehmender Junge erschienen ist.

### Michaelis hat das Wort.

Nun erhält Herr Dr. Michaelis das Wort. Er macht den Eindruck eines subalternen Beamten, der noch heute nicht recht weiß, wie er eigentlich in die höchste Beamtenstelle des Deutschen Reiches gelangen konnte. Und im Saale fragt man sich allgemein, auf Grund welcher Verdienste dieser Mann noch heute eine Pension von 27 600 Mark im Jahre beziehen darf. Der Zeuge Dr. Michaelis führt folgendes aus:

Die Frage, warum dem Siebenerausschuß des Reichstags die Antwort an Runtius Pacelli vom 24. September 1917 nicht vorgelegt wurde, ist, wie nach dem Gutachten von Dr. Bredt ohne weiteres anzunehmen ist, darum an mich gestellt worden, weil man in dem Gutachten des Dr. Bredt die Auffassung vertreten sieht, daß die Antwort, die dem Runtius Pacelli gegeben worden ist, der offiziellen Antwort, die mit Zustimmung des Siebenerausschusses dem Papst gegeben wurde, widerspricht.

Dr. Bredt hat gesagt, in dieser Antwort läge eine ausdrückliche Ablehnung der Erklärung über Belgien, ein glattes Nein.

Ich erkläre unter Eid, daß es uns fern gelegen hat, in diesem Schreiben ein glattes Nein auszusprechen oder ausdrücklich eine Erklärung über Belgien abzulehnen. Ich habe in Übereinstimmung mit Herrn v. Kühlmann den Versuch gemacht, einen unbedingt sachverständigen Mann über die Auslegung gerade dieser Note an Pacelli zu hören. Professor Reinecke hat sich uns zur Verfügung gestellt. Mich hat nun Professor Reinecke ermächtigt, über diesen Punkt zu erklären — ich darf auch das versetzen —

... das Schreiben an Runtius Pacelli ist falsch gedeutet. Nicht ein glattes Nein, sondern ein bedingtes Ja wäre aus ihm herauszuhören."

### Warum wurde der Ausschuss nicht unterrichtet?

Wenn es sich um ein glattes Nein nicht handelt, dann ist die Behauptung schon halb widerlegt, daß die Antwort etwas anderes enthielte als die offizielle Antwort der Papstnote. Die Papstnote ist vom Siebenerausschuß eingehend in zwei Sitzungen beraten worden. Es wurden in diesen Sitzungen scharf zwei Gegenstände betont. Die einen wollten, daß unbedingt glatt schon heute gesagt wurde: Wir verzichten auf Belgien. Auf der anderen Seite kam im Hinblick auf die Ausführungen der Regierung die Auffassung zum Ausdruck: Die halten fest daran, daß wir Belgien nicht annektieren wollen; aber es zu sagen, bevor die Situation nach irgendeiner Richtung hin geklärt ist, ob ein derartiges Aufgeben eines wichtigen Faktors in unserer ganzen Politik für die Friedenssache nützlich sein würde, wurde abgelehnt. Es wurde mit fünf gegen zwei Stimmen beschlossen, die Frage der Friedensregelung dadurch nur anzuführen, daß man sich allgemein auf die Friedensresolution des Juli 1917 bezieht, in der bekanntlich stand, daß wir Annexionen nicht machen wollen, daß man aber im übrigen darauf verzichten wollte, über Belgien zu sprechen. Wenn feststeht, daß in dem Brief an Runtius Pacelli nicht eine andere Linie gezogen wurde, wie sie in der Antwort an den Papst gezogen und innegehalten worden ist,

dann lag nach unserer Meinung kein Grund vor, diesen Brief an den Runtius Pacelli dem Siebenerausschuß vorzulegen.

Der Brief des Runtius war ein vertraulicher Brief an den Reichskanzler. Er ging neben der offiziellen Aktion des Papstes einher. Er sollte eine spezielle Erklärung über Belgien enthalten. Er hatte ein Material, das, wie sich näher herausgestellt hat, von ihm übersehen worden ist als ein wichtiges Moment für die Friedensbereitschaft, und darum wollte er mit diesem Material vertraulich, eine Erklärung über Belgien abgeben, die hinauslaufen sollte auf eine glatte Übergabe. Auch hier war es wieder aus denselben Gründen uns verfallen, eine andere Antwort zu geben, als sie ihm gegeben worden ist. Es schwanden damals auf Grund dieser Mitteilung Pacellis vertrauliche Verhandlungen, ob wirklich in England eine Friedensgeneigntheit vorhanden sei oder nicht.

Er zeigte sich, daß die Friedensführer, die ausgebreitet waren, nicht unvorsichtig waren und darum war es unbedingt erforderlich,

daß wir die Karte in der Hand behielten. Wir wollten Belgien nicht annektieren,

aber wir wollten für die Verhandlungen dieses Jaupfand nicht aus der Hand geben.

Der Herr Abg. Dr. Bredt behauptet, ich hätte sogar die Politik des Kaisers kontroversiert. Der Kaiser als Oberster Heeresführer und im Hinblick auf sein Heer und seine Marine war sehr schwer zu bewegen, auf das zu verzichten, warum, wie er sich ausdrückte, bei Stagerat gekämpft worden ist. Daß das geschehen ist, schreibe ich mir zu.

### Ein Brief Wilhelms aus Doorn.

Auch hier habe ich ein Beweismittel, das wohl schlagend ist. Der Kaiser hat selbst zu dieser Sache das Wort ergriffen und mir einen Brief am 17. vorigen Monats geschrieben, der folgenden Wortlaut hat:

„In der Presse habe ich zu meiner Verwunderung gelesen, daß die Vergänge bei den Versuchen der päpstlichen Friedensvermittlung während Ihrer Reichskanzlerzeit im Jahre 1917 erneut die öffentliche Meinung erregen und daß die Erörterungen zu lebhaften Angriffen gegen die Politik der damaligen Reichsregierung geführt haben. Die Angriffe werden damit begründet, daß Sie damals im Widerspruch mit meinen Intentionen gehandelt hätten, daß Sie insbesondere hinsichtlich Ihrer Erklärung über Belgien durch den Brief an Runtius Pacelli vom 24. September 1917 meinen Absichten entgegengehandelt hätten, ein Brief, von dem ich nichts gewußt hätte. Nachdem ich mich über diese Angelegenheit genau unterrichtet und mir auch alle darauf bezüglichen Dokumente habe vorlegen lassen, sehe ich mich veranlaßt, zur Feststellung der geschichtlichen Wahrheit folgendes Ihnen mitzuteilen: Ich erinnere mich unserer Unterredung über den Brief des Runtius Pacelli vom 30. August, die am 1. September abends oder morgens vor dem Kronrat stattgefunden hat, genau. Ich habe meine schweren Bedenken nicht verhehlt, die ich vor meinem Botschafter, wenn ich nach den unvergänglichen Leistungen von Heer und Marine den ehrenvollen Besitz Belgiens auszugeben mich entschloß, falls wir bis Ende 1917 zum Frieden kämen. Ich kannte mich jedoch ihren Gründen nicht verfolgen und stimmte im Kronrat der Aufgabe Belgiens zu.

Über ich mußte selbstverständlich an den obigen und endgültigen Verzicht auf Belgien Bedingungen knüpfen, die ich im Interesse des Friedens in der Zukunft für unbedingt erforderlich hielt. In diesem Sinne war Ihr Brief an Pacelli vom 24. September verfaßt.

Er entspricht in seiner Fassung durchaus meiner Auffassung, die in ihm enthaltene Wendung „so liegt der Grund keineswegs darin...“ mußte bei redlichem Willen zur Verständigung so gedeutet werden, daß eine endgültige Freigabe Belgiens durch den Brief nicht ausgeschlossen sein sollte.

Sie sollte nur nicht bedingungslos erfolgen.

Der Brief widerspricht somit nicht der offiziellen Antwort auf die Papstnote. Auch heute noch bin ich der Meinung, daß es unverantwortlich gewesen wäre, im voraus einen glatten Verzicht auf Belgien, an dessen endgültige Freigabe ich mich durch meine Erklärung im Kronrat gebunden haben wollte, auszusprechen, ohne bei den erhofften Friedensverhandlungen Sicherungen zu erhalten, die ich zum Wohle meines Volkes für unbedingt erforderlich hielt. Ich hoffe, durch diese Darlegung nicht nur zur Klärung dieser Streitfrage beizutragen, sondern auch zu beweisen, daß ich nur das Wohl meines Volkes im Auge hatte. Ich ermächtige Sie, von diesem meinen Brief den Gebrauch zu machen, den Sie im Interesse der Sache für gut und notwendig halten.“

Auch der zweite Punkt, die Behauptung, ich hätte gegen die Politik des Kaisers gehandelt, dürfte damit widerlegt sein.

Nun der dritte Punkt. Es ist behauptet worden, ich hätte dadurch, daß ich den Brief an den Runtius Pacelli schrieb, der Politik des Kaisers entgegengehandelt, weil ich abhängig gewesen wäre von der Obersten Heeresleitung. Wenn ich den Wünschen der Obersten Heeresleitung, die gegen einen völligen Verzicht auf Belgien gerichtet waren, nicht folgte, dann würde die Folge gewesen sein, daß ich auch meinen Kanzlerposten verlassen mußte. Und aus dieser Erwägung heraus soll ich den Papstfrieden bereitet haben.

Es kommen die Unken und Quaken, wie herrlich es z. B. war, als Motzkowsky noch auf der Bühne des königlichen Hoftheaters stand. Und sie vergessen, oder vielmehr sie wollen verschleiern, daß dieses und jenes Genie zu jenen Zeiten einsam und verloren zwischen den greulichsten Kämpfen stand. In einer Zeit, da Otto Brahm und Max Reinhardt das subtile Ensemblespiel ausgebildet hatten, standen auf der Bühne des königlichen Schauspielhauses nur wenige Ausnahmestimmungen. Das meiste war Durchschnitt, von Durchschnittsregisseuren nach längst abgemessenen Rezepten gegängelt. In einer Zeit aber, da in Berlin das Ensemblespiel verfallen und verubert war, hat Jehner als erster wieder das neue Ensemble zusammengeführt. Ja, er hat alle Schauspieler, die innerhalb des alten Hoftheaters verkümmern mußten, mit neuer Jugend beschenkt, trotz seiner künstlerischen Intelligenz.

Man wirft Jehner vor, daß er experimentiert und mit dem Gelde der Steuerzahler experimentiert. Läte er es nicht, fröhe oder roste er nur auf der seit Jahrzehnten gefürchteten Weststraße weiter, man würde ihm vorwerfen, daß er ein Reaktionär des Theaters ist. All dieser Streit ist lächerlich, er ist nur Parteien- und Klüngelstreit. Man schimpft Jehner und meint ganz etwas anderes. Man tut so, als wenn man Jehner fortsetzen wolle und man will in Wirklichkeit dem deutschen Steuerzahler, der ein Recht auf die Kunst, besonders auf die Freiheit der Kunst hat, die Freude an seinen legitimen Rechten verweigern.

Das darf nicht geschehen! Wir werden mit Jehner wahrscheinlich noch oft streiten. Aber heute müssen wir für ihn streiten.

„Mellenen.“ Im Theater in der Klosterstraße spielen sich die vier Akte der Rühnschen Komödie wieder einmal zur herzlichsten Freude der Zuschauer ab. Marie Borchardt verstand in dem famosen Zusammenspiel des Ensembles ihre Bombenrolle als Gastwirtin Selma Rarchow in dem brandenburgischen Dorfe Müdenwolde fastig hinzulegen. Ihr Selbstvertrauen und ihre Keckheiten waren ebenso glaubwürdig wie die Realität, mit der sie für das seit vier Jahren begrabene Groß-

Kann man einen Menschen, kann man einen Mann, kann man einen verantwortlichen Leiter des Schicksals seines Volkes mehr kränken, als wenn man sagt: Er hat Sorge um sein Amt, das ihm die Oberste Heeresleitung unter Umständen nimmt, und daß deshalb mit Erfolg den Frieden sabotiert? (Abg. Dr. Bredt: Das steht nicht darin.) Hiergegen vermahne ich mich vor dieser hohen Versammlung, vor der ganzen Welt!

Die zweite Frage lautet, warum die Erwendungen, die die Kurie gegen den Entwurf der Papstnote vorgebracht hat, nicht zur Kenntnis des Siebenerausschusses gekommen sind. Heute ist richtig durch den Vorliegenden als Feststellung des Ausschusses konstatiert worden, daß hiergegen schwerwiegende Bedenken erhoben worden sind, und der Runtius die Meinung zum Ausdruck gebracht hat, daß dadurch die Friedenssaktion des Papstes illusorisch werde. Er fragt sich, warum diese Einwände nicht zur Kenntnis des Siebenerausschusses gekommen sind und nicht eine erneute Sitzung dieses Ausschusses stattgefunden hat. Hierzu möchte ich generell folgendes sagen:

Ich erkläre: Wir wußten, daß die Antwortnote, wie sie entworfen war, den Widerspruch des Papstes bzw. des Runtius Pacelli hervorrufen würde. Sie widersprach seiner Anregung. Wir wußten das, erwarteten es und waren davon nicht überrascht. Im Hinblick auf die unendlichen Schwierigkeiten, die es bot, die Note überhaupt zustande zu bringen,

haben wir es nicht für nötig gehalten, sie dem Siebenerausschuß noch einmal zu geben.

Wenn Sie meinen, daß das ein Fehler war, so ist es Sache des Ausschusses, das zu rügen. Wir haben nach bestem Wissen und nach unseren Pflichten gehandelt.

### Fragen an Michaelis.

Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte erhielt Genosse Scheidemann das Wort. Er richtet an Michaelis folgende Fragen:

Ist es dem Zeugen bekannt, daß der Vorschlag, einen Friedensschritt des Papstes anzunehmen, vom Kaiser ausgegangen ist und zwar nach einer Unterredung mit dem Runtius Pacelli, und daß der Kaiser gesagt hat, man dürfe es nicht allein der Sozialdemokratie überlassen, für den Frieden zu arbeiten? Wenn das feststeht, wie ist es zu erklären, daß der Kaiser, nachdem die Friedensnote des Papstes gekommen und auch von Amerika und England beantwortet worden ist, der damalige Kanzler Michaelis gesagt hat, er behandle diese Dinge diplomatisch, es komme jetzt darauf an, die Schuld an dem Nichtzustandekommen des Friedens auf die Gegner abzuwälzen und sie ins Unrecht zu setzen.

Michaelis antwortet ausweichend.

### Die Rolle Westarps.

Die Fragestellung an Herrn Dr. Michaelis zog sich bis zum Schluss der heutigen Sitzung hin. Es ergaben sich noch weitere sehr bemerkenswerte Einzelheiten. So hörte man, daß Herr Dr. Michaelis

den Grafen Westarp zu der damaligen Zeit zur Obersten Heeresleitung hat.

Genosse Dittmann stellte schließlich noch fest, daß Graf Westarp, der damalige Führer der Konservativen und der heutige Führer der Deutschnationalen, eines der Hindernisse auf dem Wege zum Frieden gewesen ist. Graf Westarp glaubte diese Feststellung mit der Bemerkung abtun zu können, die öffentliche Vernehmung des Herrn Dr. Michaelis sei nur agitatorischen Zwecken erfolgt, um sie gegen ihn auszuüben zu können.

Gegen 10 Uhr verlegte sich der Ausschuss auf Mittwoch vormittag 10 Uhr mit der Tagesordnung: Vernehmung des früheren Staatssekretärs v. Kühlmann.

Der gewesene deutschösterreichische Finanzminister Dr. Uherr erscheint in der Postsparkassensache belastet und sollte vom parlamentarischen Untersuchungsausschuß vernommen werden. Man telegraphierte ihm die Vorladung nach Amerika. Er hat jetzt geantwortet, daß er dort eine neue Existenz führe und nicht kommen könne, aber bereit sei, formulierte Fragen dem Konsul zu beantworten.

Wesjel im Transferausschuß. An die Stelle des bisherigen belgischen Mitgliedes des Transferausschusses beim Reparationsagenten, René Timont, ist der frühere belgische Finanzminister Janßen getreten, der dem Transferausschuß früher schon einmal angehört hat.

## Jehner.

Von Max Hochdorf.

Die Ruder ratten sich zusammen, um Leopold Jehner, dem Intendanten des Staatstheaters, an den Leib zu rücken. Man will das Parlament aufwiegen, damit einem ersten Staatsbürger, einem pflichtbewussten Theaterleiter und einem Künstler von internationaler Begabung die Lust an der Arbeit vererbt wird. Nun, Jehner ist Mann genug, um sich selber zu wehren. Aber in diesem Augenblick, da wieder einmal das wahre Verdienst durch hinterlistige Parteiklüngele ausgefrachten werden soll, ist es Zeit, sich neben den Angegriffenen, neben den Angepöbelten zu stellen.

Als das königliche Hoftheater in Berlin zum Staatstheater wurde, und der größte Generalkonzeptionsrat Hülken ganz monierlich in die Verfassung hineinstieg, kam Leopold Jehner (nach einem Intermezzo) in das Haus am Gendarmenmarkt. Die Männer, die damals seine Berufung empfahlen und durchsetzten, wußten ganz genau, daß Jehner kein Hölzling und kein Bewunderer des Sonnenkönigs Wilhelm war. Jehner hatte den Kampf gegen die Intendantenwirtschaft an allen deutschen Hoftheatern im ersten Gliede mitgekämpft. Er hatte noch im Ohr, was Wilhelm II. bei seinem zehnjährigen Regierungsjubiläum ausgesprochen, daß das „königliche Theater ein Werkzeug des Monarchen sein sollte“. Jehners Ideal war allerdings das Staatstheater als Theater des ganzen deutschen Volkes. Und da sich bei ihm Bestimmung mit Begabung deckte, so war er der richtige Mann an richtigem Platz.

Er kam als Republikaner, das ist unbestritten. Aber er kam als Künstler, das ist ebenso unbestritten. Er hatte als Republikaner das Recht zum freien Bekennen seiner Weltanschauung. Er hatte als künstlerischer Leiter des Staatstheaters die absolute Pflicht, einen Kunststil und eine Literaturrichtung zu begründen, die Deutschlands beste Köpfe schon als vergriffen und verächtlich, ja sogar als lächerlich entlarvt hatten. Es war seine Pflicht, den saulen, der Kunst besonders gefährlichen Burgfrieden zu brechen, mit dem die verächtlichen und vor den Kopf geschlagenen Kunststrategen ganz Deutschland seit den glorreichen Tagen von 1914 beglückt hatten. Er mußte das königliche Schauspielhaus, in dem die Kammerherren und die Komarilla regiert hatten, lüften, damit es würdig werde, ein Staatstheater zu heißen. Hätte er diese Hoffnung, die man in ihn gesetzt hatte, enttäuscht, es wäre Pflicht gewesen, ihn sofort wegzujagen.

Die Arbeit wurde ihm schwer genug. Zunächst einige Stücke, die aufzubrechen waren, weil noch Aufführungsverträge aus der kaiserlichen Epoche vorlagen. Dann aber durfte er aufatmen. Und nur ein Narr wird behaupten, daß er kein ruhiger Reformator, sondern nur ein leichtfertiger Revolutionär gewesen ist. Es sprach aus der ganzen künstlerischen Arbeit Jehners stets die Methode, aber auch die Kühnheit, Jehner zeigte, daß er kein lauwärmer Idealist

väterlichen die Rente des Berliner Fabrikantensohnes Bosteiemann (Mar Bing) weiter beziehen möchte. Der war fast ein wenig zu gemäßig angehen — oder war es die Selma, die an Vollständigkeit des Besten vielleicht zu viel tat? —, aber schließlich glaubte man ihm kein Schwereuoterichtelmechtel gern. Der Preis der Auslieferung gebührt wohl Friedrich Wilhelm Kaiser als Gastwirt Rarchow mit der bescheidenen Aufgabe, die gütigen, von seiner werra nicht besseren, so doch robusteren Ehehälfte leicht herumgeschleppte Schlafmütze darzustellen. Traufhold als Weisheit einte das kindisch Graue und charakteristisch Kührende des hinständigen Greises. Reiser und Käse Schlägel führten als Kleiderbürger und Locher ihren Erpressungsverlust an dem Gastwirtspar mit gefälliger Dürbheit durch. Gille als Hausmutter, Rechtsanwältin und Referendar und Gally als verbummelter, verschänder und philosophischer Assessor entseelten gar bei offener Szene Beifall. Der Abend war auch für die Zuschauer ein herzhafter Genuß, die sich über den bürgerlichen Charakter der Komödie klar sind, sich aber ihre Theaterfreude vom Willenbewußtsein nicht trüben lassen.

Ein Münchener Museumsneubau. Vor einiger Zeit hat die Stadt München die Lenbach-Villa und Galerie käuflich erworben. Da diese Gebäude möglichst im ursprünglichen Zustande erhalten bleiben sollen, so ist geplant, die städtischen Bestände an Gemälden und sonstigen Kunstwerken in einer besonderen Galerie unterzubringen, die neben dem Lenbach-Hause im gleichen florentiner Stil erbaut werden soll. Der Bau erhält eine Länge von 75 Meter. Aufnahme finden werden darin nur Werte von Münchener Künstlern oder solche, die in München wirken oder gewirkt haben. Auch eine graphische Sammlung ist vorgesehen. Die Baukosten belaufen sich auf über 600 000 M.

Paul Brauns Nationen-Theater Münchener Künstler trifft noch der Weltmacht zu einem Gastspiel in Berlin ein. Die Berliner Beurlaubungen finden in der Berliner Session am Kurfürstendamm 232. Hall. Mittwoch gibt es eine Schülervorstellung um 3 und 5 Uhr im Theater an der Viktoriastraße.

Ein Operntag zugunsten nollstehender Bühnenkünstler wird am zweiten Weltkriegerfest veranstaltet. In allen Theatern Berlins und des Reiches wird zu jedem Bisset für die Wiedervorstellung ein Zuschlag von 20 Pf. erhoben. Die eingehenden Beträge werden unter die Verbände: „Genossenschaft Deutscher Bühnen-Angehöriger“, „Deutscher Vorzügler- und Ballett-Verband“ und „Deutscher Bühnen-Verein“ verteilt.

Ein überflüssiger Skizzen. In einer Kleinanwärters Bibliothek wurde eine Handschrift gefunden, die eine Geschichte, betitelt „Der Richter von Homd“ enthält, in der das Skizzenbuch bereits behandelt wird. Der Finder, Prof. Ignaz Kunes ist der Ansicht, daß diese Schrift aus dem Anfang des 14. Jahrhunderts stammt.

Ein Forschungsanstalt für Musik ist dem Pöhlischen Institut der Londoner Universität angegliedert worden. Das Institut soll u. a. bei Neubauten von Konzertsälen usw. entscheidende Richtlinien ausarbeiten und hauptsächlich Aufträge abgeben. Eventuell sollen auch später bereits bestehende öffentliche Versammlungsräume und Konzertsäle nach Vorzeichen des Instituts, soweit das wünschenswert erscheint, ausgebaut werden.

## Das Ende einer Herrlichkeit.

Merkwürdige Vorgänge bei den Völkischen.

Man schreibt uns:

Seit einiger Zeit scheinen im völkischen „Deutschen Tageblatt“ sich besonders merkwürdige Dinge abzuspielen. Dies Blatt, das mit der ganzen Großspürigkeit neudeutscher Antisemiten die „völkischen Belange“ gegen „jüdische Korruption“ wahrte, hat ganz plötzlich seinen Redaktionsstab gewechselt. Zunächst wurden die verantwortlichen Redakteure Dr. Lippert, Blank und Fräulein Wiedemann fristlos entlassen. Angeblich, weil sie Beschuldigungen gegen den „Herausgeber“ Hans Steller erhoben hatten. Dieser Steller gehörte in der Weimarer Zeit als Redakteur auf kurze Zeit dem Reichstag an und galt als ein besonders prominenter Vertreter der jüdenreinen deutschen Ehrlichkeit und Treue. Nun ist aber in den letzten Tagen auch die Marke „Herausgeber Hans Steller“ plötzlich und ohne Aufhebens vom „Deutschen Tageblatt“ verschwunden. Denn auch Hans Steller ist von dem Verlag fristlos entlassen worden. Unter den Angestellten des Blattes kursieren allerhand Gerüchte über den Streit, der zwischen Steller auf der einen und der Lippert-Gruppe auf der anderen Seite ausgebrochen ist. Man erzählt sich von den hakenkreuzartigen Angriffen auf große Unternehmungen und spricht in diesem Zusammenhang von Zuwendungen, die die völkischen Kassen von diesen Werken erhalten hätten.

Auf jeden Fall ist es ein höchst seltsames Ding, wenn erst der „Herausgeber“ eine Reihe seiner Mitarbeiter auf die Straße setzt, weil sie ihn angeblich fälschlicherweise beschuldigt haben, und doch er selbst dann von seinem Verlag hinterherbefördert wird. Doch wahrscheinlich, weil die Beschuldigungen nicht ganz falsch waren? Sollte der „Korruptionsumpf“ sogar schon bis in die Kammern teutonischer Reinheit gestiegen sein?

## Badische Regierungserklärung.

Treue zum Reich und zum republikanischen Staatsgedanken

Karlsruhe, 14. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die neue durch Zutritt der Demokraten zur Weimarer Koalition erweiterte badische Regierung trat heute mit einer vom Staatspräsidenten Dr. Köhler verlesenen Regierungserklärung vor den Landtag, die sich vor allem durch eine starke Betonung der Treue zum Reich und zum republikanischen Staatsgedanken auszeichnet. Die Erklärung stellte fest, daß die badische Regierung in unentwegter Treue zum Reich alles unterstützen werde, was Kraft und Ansehen des Reiches fördert und stützt. Sie wird aber ebenso entschlossen darauf bestehen, daß das staatliche Eigenleben und die Eigenart der Länder in dem Rahmen sich vollziehen können, den die Reichsverfassung von Weimar hierfür geschaffen hat. Die Regierung werde deshalb auch bei der Lösung des Problems des Finanzausgleichs alles tun und unterstützen, was geeignet ist, diese Grundlage unseres politischen und kulturellen Lebens zu erhalten. Sie wird alles ablehnen, was diese Lebensmöglichkeit einzuschränken geeignet ist. Die Regierung werde ihre ganze Kraft einsetzen, daß der republikanische Gedanke im Lande und auch im Reich weiterhin Festigung und Stärkung erfahre. Die Regierung kündigt ein neues Landtagswahlgesetz und ein badisches Kirchenvermögensgesetz an. Zum Kapitel Schule betont die Erklärung, daß es Aufgabe der Lehrer und Schüler aller Schulen und Lehranstalten sein muß, die Achtung vor der republikanischen Verfassung zu pflegen. Besondere Sorge werde die Regierung den Maßnahmen zuwenden, die geeignet sind, zur Beseitigung der wirtschaftlichen Krise und der Notlage der von ihr besonders betroffenen Schichten des Volkes beizutragen. Die für das Rechnungsjahr 1926 zur Verfügung stehenden Mittel für die Landesfürsorge werden um über zwei Millionen Mark erhöht werden. Die Erklärung betont, daß der Schutz der sozial Schwachen die besondere Aufgabe der Regierung sei, denn die deutsche wie die badische Republik müssen sozial sein, sonst verlieren sie für uns Sinn und Zweck. Im Wohnungswesen kündigt die Erklärung eine Denkschrift an. Die Erklärung der Regierung, in deren Bepfändung am Mittwoch eingetreten wird, wurde von der übergroßen Mehrheit des Hauses mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

## Briand kehrt als Sieger heim.

Glückwünsche des Kabinetts.

Paris, 14. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Außenminister Briand ist gestern abend in Begleitung von Paul Boncour um 11 Uhr in Paris eingetroffen. Er wurde am Bahnhof von einer Delegation des Kabinetts, und zwar dem Kolonialminister und dem Handelsminister begrüßt, die ihm im Namen Poincarés und sämtlicher Ministerkollegen die Glückwünsche der Regierung für die in Genf erreichten Resultate zum Ausdruck brachten. Außerdem fanden sich zum Empfang Briands am Bahnhof der Polizeipräsident und der deutsche Botschafter Herr v. Hoese sowie zahlreiche andere politische Persönlichkeiten ein. Als Briand den Bahnhof verließ, überreichte ihm ein Eisenbahner der Paris-Nyon-Marseille-Gesellschaft einen großen Blumenstrauß mit der Aufschrift: „Dem großen Friedensunterhändler! Die dankbaren französischen Eisenbahner.“ Briand zeigte sich von dieser Ehrung sehr gerührt und dankte den Eisenbahnern in ergreifenden Worten. Beim Verlassen des Bahnhofs veranfaßten etwa 250 Royalisten eine feindselige Kundgebung, indem sie laute Pfiffe und die Rufe ausstießen: „Wieder mit Briand!“ Die Polizei griff sofort ein und zerstreute die Manifestanten. Es wurden etwa 20 Verhaftungen vorgenommen; zu Zwischensfällen ist es nicht gekommen.

Das „Echo de Paris“ hebt hervor, daß die Regierung mit besonderer Absicht zwei ihrer Minister zum Empfang Briands an den Bahnhof geschickt habe, um noch einmal vor aller Öffentlichkeit kundzutun, daß zwischen Briand und dem Ministerrat nicht die geringsten Meinungsverschiedenheiten bestanden oder bestanden haben.

## Poincaré für Schuldenabkommen.

Paris, 14. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Im „Echo de Paris“ wird darauf hingewiesen, daß Poincaré gemeinsam mit der Mehrzahl seiner Minister in letzter Zeit zu der Ansicht gekommen sei, daß die Stabilisierung des französischen Franken nicht länger hinauszogezogen werden dürfe. Es könne damit gerechnet werden, daß der Ministerpräsident wahrscheinlich bereits Ende Januar oder spätestens Anfang Februar das Londoner und das Washingtoner Schuldenabkommen vor der Kammer einbringen werde. Er werde diese aber mit gewissen Klauseln versehen, die es dem französischen Parlament gefallen werden, die Ratifikationen vorzunehmen.

Gegen die Boden Spekulation, die aus der Inangriffnahme von Kanalbauten und ähnlichen Arbeiten der öffentlichen Hand Nutzen zu ziehen sucht, wendet sich ein Antrag der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, der von der Preußenregierung Gesehenswürdigkeit entprechend dem Reichsgesetz vom 3. August 1920 zur Verhinderung derartiger Gewinne verlangt.

# Unterirdische Diebesverstecke.

Die seltsame Höhle am Wupajsee. — Das Warenlager unter dem Hühnerstall.

Ein eigenartiges Diebesversteck wurde durch einen glücklichen Zufall von der Polizei in Erkner ausgehoben. Erkner und Umgebung war seit längerem durch die Diebstähle beunruhigt worden, die nicht aufgeklärt werden konnten. Die Diebe nahmen durchaus nicht alles, was sie bei ihren Einbrüchen erreichen konnten. Oft ließen sie bares Geld liegen und nahmen Kleinigkeiten mit, deren Wert minimal war. Nun beobachteten Arbeiter an der Böckig, wie auf einer sumpfigen Insel in der Nähe des Wupajsees ein Mann auftauchte und plötzlich spurlos verschwand. Sie benachrichtigten die Polizei in Erkner. Ein Oberlandjäger und der Revierförster nahmen gemeinsam die Nachforschungen auf, die zunächst ergebnislos schienen, bis sie nach genauerem Zusehen eine Stelle im Rifen fanden, die sich nun als Eingang zu einer seltsamen Höhle entpuppte. Als der Oberlandjäger in das unterirdische Reich hinabgestiegen war, entdeckte er einen etwa zwei Meter langen und drei Meter breiten Raum, der mit allem Komfort ausgestattet war. Möbel, Teppiche, Kissen, Toilettengegenstände waren zu finden, in einem weichen Federbett schlief ein Mann den Schlaf des Gerechten. Als man ihn umfing aus seinen Träumen weckte, tat er zunächst ganz erstaunt und behauptete, zufällig in dieses unterirdische Haus gekommen zu sein. Er hätte sich von seiner Wanderung einmal ausschlafen wollen. Die näheren Feststellungen der Polizei aber ergaben, daß man in ihm den gefürchteten Einbrecher, der seit langem Erkner beunruhigte, gefunden hatte. Nicht nur, daß er einen gestohlenen Anzug trug, kennzeichnete ihn als den Täter, sondern auch die Gipsabgüsse seiner Fußspuren verrieten ihn. Er wurde endlich als ein gewisser Paul Borck aus Oberschönweide festgestellt, der schon seit langem von der Kriminalpolizei gesucht wurde.

## Die Eisenbahngüterdiebe.

Seit ½ Jahren trieb auf den kurvenreichen Strecken im Westen Berlins eine Bande von Eisenbahngüterdieben ihr Unwesen, die zu den schlimmsten ihrer Art gehörte. Die Spezialisten benutzten diese Strecken besonders deshalb mit Vorliebe, weil es ihnen hier leicht war, in den Kurven, in denen die Güterzüge langsam fahren,

während der Fahrt aufzuspringen. Säcke mit Kaffee, große Kisten mit Dauerwurst und Eiern, Stoffe usw. wurden aus den erbrochenen Wägen auf das Gleis hinausgeworfen und später abgeholt.

Beamte der Ueberwachungsabteilung der Eisenbahndirektion und Kriminalbeamte waren Nacht für Nacht unterwegs, konnten aber lange nicht an die Diebe herankommen. Rebel und Regen machten die Strecke um diese Jahreszeit bei Nacht oft so unsicher, daß nichts zu erkennen war. Erst ein besonderer Umstand führte auf eine erfolgreiche Spur. Die Diebe mußten wiederholt ihre Beute, die bereits aus den Wägen herausgeschafft worden war, im Stich lassen. So konnte man einem Spürhund Bitterung geben. Der Hund führte regelmäßig nach einem großen Laubengelände in der Nähe der Jungfernhöhe. Auf diesem Gelände selbst aber ging jede Spur verloren. Die Beamten beobachteten nun die Laubengelände und ihre Bewohner und ermittelten, daß zu diesen auch ein Mann gehörte, der sich hier „Billy Klemens“ nannte, in dem sie aber einen 40 Jahre alten Steinfeger Paul Grell wiedererkannten. Bei der Beobachtung seines Umganges stießen sie weiter auf einen 44 Jahre alten „Arbeiter“ Karl Brandner und einen 30 Jahre alten ehemaligen Gutsinspektor. Brandner ist ein gefürchteter Wilderer, der in der Kriegs- und auch in der Nachkriegszeit noch besonders die Wälder im Westen Berlins, namentlich auch den Brunenwald, unsicher machte. Er schoß ohne weiteres, sobald er sich von einem Forstbeamten entdeckt sah. Im Brunenwald erhielt er selbst von einem Förster, der gleich wieder schoß, eine Kugel in den Schenkel und durch die linke Hand. Trotz dieser schweren Verletzungen schwamm er über die Hand und entkam. Im Jahre 1920 wurde er endlich zu einer längeren Zuchthausstrafe verurteilt. Seit dem Juli d. J. war er wieder auf freiem Fuß. Auf Grund ihrer Beobachtungen durchsuchten die Eisenbahn- und Kriminalbeamten der Dienststelle C. 8 die Baude des angeblichen „Klemens“ und entdeckten in einem Keller unter dem Hühnerstall sozial Material, das sie der Bande bereits acht große Diebstähle nachweisen konnten. Dieser Keller diente als Bogen der Beute, die die Diebe nicht bei einem Fehler abließen, sondern selbst unmittelbar an Abnehmer veräußerten. In dem Keller lag auch eine Pistole mit Anschlagstoßen, die ohne Zweifel zu Wilddiebereien benutzt worden war und eine Menge Munition. Autospuren führten bis an das Laubengelände heran. Es ist aber noch nicht ermittelt, was für einen Wagen die Verhafteten, die dem Untersuchungsrichter vorgeführt wurden, zum Abtransport der Beute benutzt hatten.

## Internationale Verbrecherjagd.

Verhaftung eines Berliner Defraudanten bei Oslo.

Ein 32 Jahre alter Bankangestellter Kurt Rahmt aus der Spreestraße 12 zu Charlottenburg hatte für 70 000 M. Effekten unterschlagen. Dann hatte er die Flucht ergriffen. Rahmt war früher bei einer großen Bank angestellt, wurde dort vor einige Jahren abgebaut und erhielt eine neue Stellung bei einer kleinen Bank in der Behrenstraße. Er führte sich so gut, daß er bald den Vertrauensposten eines Kassiers bekleidete. Mit einem Monateinkommen von 600 bis 700 Mark konnte er sehr gut leben. Vom September d. J. an spekulierte er jedoch. Anfangs hatte er auch Erfolg, dann aber nur noch Fehlschläge. Jetzt vergriff er sich an den Effekten. Als er sah, daß ihm eine Deckung der Beteiligungen nicht mehr gelingen würde, machte er zum Schluß noch einen größeren Posten zu Geld, so daß er nach den Ermittlungen über 50 000 Mark verfügen mußte. Es wurde ermittelt, daß er mit einem Auto nach dem Tempelhofer Feld gefahren und dort das dänische Postflugzeug bestiegen hatte. Die Kriminalpolizei in Kopenhagen und Oslo wurden sofort benachrichtigt. Der norwegische Polizei gelang es, den Gesuchten in Aker, einer kleinen Ortschaft in der Nähe der Hauptstadt festzunehmen. Er besaß noch 230 dänische Kronen, 27 000 Mark deutsches Geld und eine ganze Reihe von unterschlagenen Geldpapiereisen. Die Bank kommt also infolge des raschen Hand-in-Hand-Arbeitens der verschiedenen Kriminalbehörden ohne Schaden davon.

## Der Ankauf von Düppel-Dreilinden.

Der Haushaltsausschuß der Stadtverordnetenversammlung hat sich heute vormittag zum zweiten Male mit dem Ankauf von Düppel-Dreilinden beschäftigt. Die Meinungen gehen eigentlich innerhalb aller Fraktionen auseinander. Infolge dessen kam es auch zu keiner endgültigen Beschlussfassung. Die ganze Frage soll den heute nachmittag tagenden Fraktionskammern unterbreitet werden. Am Donnerstag wird dann der Haushaltsausschuß am Vormittag und das Plenum am Abend über das Schicksal dieser Vorlage entscheiden. Im allgemeinen scheint aber die Ansicht vorherrschend zu sein, daß auf Grund der vorangegangenen Beschlüsse Düppel eigentlich schon so gut wie gekauft ist und die Stadt schon aus diesem Grunde das Geschäft endgültig abschließen muß. Man nimmt deswegen im allgemeinen an, daß der Kauf doch noch zustande kommt.

## Mangelnde Stromzufuhr im Westen.

Bereits im vorigen Jahre um die Weihnachtszeit wurde öfters von Wilmersdorfer Kaufleuten Klage darüber geführt, daß gerade in der entscheidenden Geschäftszeit in den Nachmittagsstunden plötzlich die Lichtzufuhr versagte. Auch in diesem Jahre beginnen wieder die Klagen über mangelnde Stromzufuhr. So setzte vor ein paar Tagen die Beleuchtung um 4½ Uhr nachmittags aus. Es ist möglich, daß durch die ständige Zunahme der Lichtkraft im Westen das Elektrizitätswert Südwest überlastet ist und daß die Maschinen den gesteigerten Ansprüchen nicht mehr genügen. Das Elektrizitätswert jedoch gab im vorigen Jahr einigen Wilmersdorfer die Zustimmung, Reservemaschinen anzuschaffen, die automatisch bei Störungen den Betrieb aufrechterhalten sollten. Scheinbar ist es hier nur bei den Versprechungen geblieben. Hitzu kommt noch das, daß der Wert Südwest kaum unmöglich unrentabler arbeiten als das Berliner, da die Strompreise hier höher sind. Es ist dringend notwendig, daß hier Wandel geschaffen wird. Zum mindesten aber gelte diese Klagen, daß das private Elektrizitätswert in bezug auf seine Leistungen den städtischen Werken nicht gewachsen ist.

## Opfer des Verkehrs.

Gestern abend geriet in der Wilmersdorfer Straße eine Kraftdroschke ins Schlingern und fuhr in eine mit Straßenarbeiten beschäftigte Arbeiterkolonne hinein. Während sich der größte Teil der Arbeiter rechtzeitig in Sicherheit bringen konnte, wurde der 48jährige Arbeiter Blech aus der Wilmersstr. 3 von der Droschke erfasst und überfahren. Mit einer schweren Kopf- und inneren Verletzungen wurde er in das Westender Krankenhaus gebracht. — Ein weiterer schwerer Unfall ereignete sich gestern in der Brückenallee. Der 29jährige Dachdecker Richter aus der Bandelstr. 8 geriet mit seinem Fahrrad unter einen Straßenbahnwagen der Linie 119. Mit einem Schädelbruch wurde er in bewußtlosen Zustande in das Moabit Krankenhaus geschafft. — Auf der Berliner Brücke zu Spandau wurde in den Abendstunden der 29jährige Arbeiter Hermann Teubt aus der Gohlswegstr. 2 von einem Geldschaftsauto überfahren. Schwerverletzt wurde er in das Städtische Krankenhaus in Spandau eingeliefert. Der Chauffeur gilt als unerkannt. — Von einem Personentransportwagen wurde

gestern abend gegen 8 Uhr die 41jährige Hausangestellte Auguste Borowski erfasst und überfahren. Sie erlitt einen Wirbelsäulenbruch und mußte in die Klinik in der Köpenickerstraße geschafft werden. Ihr Zustand ist hoffnungslos. — Schließlich wurde noch vor dem Hause Reindendorfer Straße 1 der 69jährige Rentner August Thid aus der Amsterdamer Str. 2 von einem zweispännigen Werbefuhrwerk überfahren. Er zog sich einen Oberschenkelbruch und innere Verletzungen zu. Er fand im Birkowfrankenhaus Aufnahme.

## Das neue Arbeitsgerichtsgesetz.

In einer Kreismitgliederversammlung der Genossen des 11. Kreises Schöneberg-Friedenau in der 11. Gemeindefeule in der Feuerstraße sprach Genosse Joachim, Regierungsrat im Reichsarbeitsministerium, über das zurzeit dem Reichstag vorliegende neue Arbeitsgerichtsgesetz. Die Annahme des Gesetzeswurfs erscheint allerdings fraglich, da die Stellung mehrerer Parteien zu ihm äußerst wankelmütig ist, auch wirkt die neueste Regierungskrise komplizierend auf die Verabschiedung des Gesetzes ein. Genosse Joachim behandelte die wesentlichsten Punkte, die den neuen Entwurf von der jetzt bestehenden Arbeitsgerichtsbarkeit unterscheiden, so die Zusammenarbeit von Justiz- und Arbeitsministerium bei der Ernennung des Vorsitzenden und die Anwaltsfrage, deren Behandlung im Entwurf in den Interessenkreisen eine gewisse Erregung ausgelöst hat. Rechtsanwalt Genosse Benzig trug Bedenken gegen den Entwurf und detaillierte sie, ohne allerdings damit durchzugehen. Der ausgefallene Vortrag des Genossen Paul Levi über „Nememordjustiz und Reichswehrfragen“ soll in nächster Zeit stattfinden.

Typographie. Mittwoch, den 14. Dezember, abends 7½ Uhr, Uebungsstunde des 8. Bezirks des U.S.B. im Gemeindefeulehaus. Erscheinen aller Sänger unbedingt erforderlich. — Die Donnerstagsvormittags-Uebungsstunden fallen bis zum 6. Januar 1927 aus.

## Schiffsunfälle.

Mehrere heftige Explosionen auf dem auf der Höhe von Brooklyn von Anker liegenden Deltandampfer „Agawilla“ erschütterten heute nacht das Hafenviertel. Zahlreiche Fenster scheibten in Trümmer. Hunderte von am Wasser wohnenden Familien flohen aus den Häusern. Die Mannschaft des Schiffes reierte sich bei der ersten Explosion. Das Schiff ist gesunken. — Der von Tientsin kommende indo-chinesische Dampfer „Lienhing“ ist 64 Meilen von Shanghai auf einen Felsen aufgelaufen und gesunken. Ein in der Nähe weilendes Lootsenboot rettete die fremden Offiziere und Passagiere und ließ alle Chinesen außer drei, von denen man weiß, daß sie umgekommen sind. — Im Kanal von Siam bei Siavarno brach auf einem Rüstendampfer Feuer aus. Nach vergeblichen Löscheversuchen stürzte sich die Mannschaft ins Meer, um schwimmend die Rüste zu erreichen. Der brennende Dampfer sank darauf in kurzer Zeit.

Der Erdbeben in Südfrankreich. Wie aus Nizza gemeldet wird, belaufen sich die Kosten für die Arbeiten zur Beseitigung der Schäden, die durch den Erdbeben im Département dem Dorfe Roquebillière zugefügt wurden, zusätzlich der Schäden, die die Stürme überhaupt in Südfrankreich angerichtet haben, auf rund 17,5 Millionen Franken, von denen der Departementstat bis jetzt 2 300 000 bewilligt hat.

Eine Turbinenexplosion. Von der Pressestelle der Aktiengesellschaft Sächsisch-Werke (S.S.W.) wird mitgeteilt: In einer von einer deutschen Elektroturbine neu aufgestellten Dampfturbine von 26 000 Kilowatt sollte im Kraftwerk Böhlen von den Ingenieuren der Firma ein Probelauf vorgenommen und insbesondere die Wirkung des Schneidkühlers festgestellt werden. Fast gleichzeitig mit dem Auslösen dieser Sicherheitsvorrichtung bei der hierfür vorgesehenen Drehzahl schlug der Laufer des Generators auseinander. Dadurch wurde der Generator vollständig zerstört. Durch herumschlagende Eisenstücke wurde der Rasenist der S.S.W., Braunshofen, und Großkraftwerk Böhlen, Bruner, so schwer verletzt, daß er bald darauf verstarb. Drei weitere Rasenisten, darunter ein Angehöriger der Lieferfirma, wurden nur leicht verletzt. Da die neue Dampfturbine von der Lieferfirma noch nicht fest dem regelmäßigen Betriebe bei der S.S.W. übergeben war, tritt für die Landesstromversorgung keinerlei Störung ein.

Schwerer Schneesturm in Kanada. Westkanada wird gegenwärtig von einem äußerst schweren Schneesturm heimgesucht. Sechs Personen sind der Kälte zum Opfer gefallen, doch fürchtet man, daß die Zahl der Toten noch größer ist. In der Umgebung von Edmonton sind in einem Umkreis von vielen Meilen die telegraphischen und telephonischen Verbindungen unterbrochen. Der Zugverkehr ist erheblich behindert. In Nord-Saskatchewan sind die Wege unpassierbar und man befürchtet, daß viele Anwohner in Not geraten werden.

